

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Leipzig, Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1330  
Stroßstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 151.

Freitag, 2. Juli 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Abzüge und Materialsteigerungen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Neilsameile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Fest-Tarife. Gewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorfällt, durch Abgabe eingetragener Anzeigen in Kontant gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieseranten oder der Verleger-Einrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Dange & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gortzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hillemann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Kompensationspolitik.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Die letzten 24 Stunden vor der Abstimmung im Reichstage werden ausgiebig dazu benutzt, den letzten Einigungsversuch der Mittelparteien mit den Sozialdemokraten zu unternehmen. Die Regierungsparteien hatten in den Tagen des Vortretens mit der Linken an Einigkeit eingeklopft, weil das Zentrum und die Demokraten behauptet waren, die letzten Hindernisse zu beseitigen. Die Deutsche Volkspartei zog alle Bremsen fest an, um den Staatswagen am Fortrollen zu hindern. Sie hat sich von vornherein auf den Standpunkt gestellt, daß ihre Hauptaufgabe in der Veränderung des Verlustes der Koalitionsverträge und moralischen Grundlagen der Regierungsparteien liegt. Ihre Ansichten deckten sich im großen und ganzen mit denen der Bayerischen Volkspartei, die gleich den Volksparteikern immer wieder versuchte, die Verbindung mit den Deutschen Nationalen nicht ganz abreißen zu lassen. Der Wunsch auf der rechten Seite, die Regierung zu einer Mehrheit helfen zu können, war unabweisbar vorhanden. Der beste Beweis dafür waren die Ausführungen des Abgeordneten Schönlank über die außenpolitische Haltung der Deutschen Nationalen, in denen er sich im Namen seiner Fraktion bereit erklärte, künftig die Mitverantwortung im Verkehr mit den anderen Mächten übernehmen zu wollen. Ueber die Versuchung, mit der D. V. P. und den Bayern in Fühlung zu bleiben, ist man nicht hinausgekommen. Die Verhandlungen, die man auf Seiten der Deutschen Nationalen den Fürstentümern gemacht hatte, stellen eine so starke Bindung dar, daß von einem Entgegenkommen gegenüber den demokratischen Wünschen überhaupt nicht die Rede sein konnte.

Die maßgebenden Verhandlungen beschränkten sich deshalb auf die Aussprache zwischen der Mitte und den Sozialdemokraten. Hier stellen sich der Eintreten die täglich neuen Wünsche und Forderungen der Sozialdemokraten hemmend in den Weg. Angern versteht die Koalition ihren einmal gefassten Beschluß, größere Änderungen am Gesetz nicht mehr vorzunehmen. Die Situation zwang aber dazu, entgegenkommender zu werden, wenn man nicht gewillt war, den Reichstag auseinander zu lassen und zu Neuwahlen zu schreiten.

Inzwischen tauchte eine andere Frage auf, die seit längerer Zeit der Erledigung harzt und die auf Seiten der Linksparteien viel böses Blut verruracht hat. Es handelt sich um die Zollfrage, die gelegentlich der Beratung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages in die Debatte geworfen wurde. Sofort meldeten sich die Linksparteien zum Wort und erklärten einmütig, daß von der Erhöhung der Zölle nicht die Rede sein könnte, die im Verträge für landwirtschaftliche Erzeugnisse vorgesehen waren. Das Zentrum hoffte zuerst, durch einen Kompromißvorschlag die Gegensätze zwischen den Parteien in der Zollangelegenheit überbrücken zu können, mußte jedoch bald einsehen, daß sich die Sozialdemokraten, die auch eine Interpellation in der gleichen Frage im Reichstage eingebracht hatten, sich vollkommen verteidigen. In letzter Stunde ist der Gedanke aufgetaucht, von Seiten der Koalition den sozialdemokratischen Wünschen bezüglich der Zölle entgegenzukommen, falls sie sich unter diesen Umständen bereithalten, dem Fürstentumspromiss ohne weitere Forderungen zuzustimmen. Zuerst legten die Sozialdemokraten der Mitte die kalte Schulter, als sie von dem Plan erfuhr. Später jedoch erbildeten sie in dem Entgegenkommen ein gutes Propagandamittel in der Wählerwahl, da eine Herabdrückung der Zölle die Senkung der Lebensmittelpreise zur Folge haben muß, was in den Volksschichten der unteren Klassen einen günstigen Eindruck hervorrufen muß. Man setzte sich also an den Verhandlungstisch und war darauf bedacht, sich von der Gegenseite nicht überbieten zu lassen. Der letzte Ausweg ist jedenfalls in der Kompensationspolitik gefunden. Die Deutsche Volkspartei ist von dem Gedanken allerdings in feiner Weise entzückt; sie befürchtet auch eine neue Entfremdung mit den Deutschen Nationalen, deren Charakter die Erhöhung der Zölle in der vorgetriebenen Weise sehr befürwortet haben. Das heutige parlamentarische System zwingt aber zu solchen Mitteln, solange die Mehrheit der Regierung in Frage gestellt und die Wahl nicht vergrößert ist.

## Die Unterredung Gochs bei Briand.

Der Herr Goch konnte seiner Regierung ferner noch mitteilen, daß sich an der Haltung des Kabinetts Briand in außenpolitischer Hinsicht und gegenüber Deutschland nichts ändern werde. Die deutsche Regierung wird mit den Verhandlungen nicht viel anfangen können, solange den gut klingenden Worten die Taten nicht folgen.

## Der Kampf um die Fürstenabfindung.

Die Sozialdemokraten lehnen ab und werden Auflösung beantragen.

Berlin, 1. Juli. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer heute abend nach der Plenarsitzung abgehaltenen Fraktionsversammlung mit 73 gegen 35 Stimmen beschlossen, in der dritten Beratung über das Gesetz über die Auseinandersetzung mit den vormals regierenden Fürstentümern mit nein zu stimmen, also die Vorlage abzulehnen. Die preussische Landtagsfraktion der Sozialdemokraten hat in einem Schreiben die Reichstagsfraktion um Annahme der Vorlage ersucht. Damit sind alle weiteren Verhandlungen mit den Regierungsparteien über die Frage erledigt. Der Fraktionsvorsitzende Wels wird morgen bei der dritten Beratung des Gesetzes den ablehnenden Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion begründen und die Auflösung des Reichstages fordern.

Berlin. Der getriebene Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion läßt den Blättern anstelle seiner Zweifel mehr daran, daß die Gesetzesvorlage über die Auseinandersetzung mit den ehemals regierenden Fürstentümern fallen wird. Jenseitig auch, wie es in der täglichen Rundschau heißt, die Deutschen Nationalen ausnahmslos gegen die Vorlage stimmen werden. Die Haltung der Regierung bleibt vorläufig noch eine offene Frage. Das Reichskabinett hat sich zwar gestern abend in einer Sitzung mit der Lage beschäftigt, hat aber endgültige Beschlüsse nicht gefaßt. Wahrscheinlich wird es erst heute darüber entscheiden, was angesichts des Scheiterns der Regierungsvorlage getan werden soll. Sollten die Sozialdemokraten heute einen Antrag auf Auflösung des Reichstages einbringen, so dürfte dieser kaum Aussicht auf Annahme haben. Die Blätter verzeichnen dann noch verschiedene andere Lösungsmöglichkeiten, so den Vorschlag eines Ermächtigungsgesetzes, das der Reichsregierung die Vollmacht geben soll, von sich aus ein Reichslandgericht einzusetzen. Aber auch dieser Vorschlag dürfte sich nach mehreren Blättern schwerlich mit einladender Mehrheit durchsetzen lassen. Die Demokraten denken an die Wiederannahme ihres Antrages, den Rändern die gesetzliche Regelung der

Fürstenabfindung zu überlassen. Aber auch für diesen Fall ist mehr als zweifelhaft, ob für den Antrag die notwendige Zweidrittelmehrheit zu finden wird. Die Deutsche Tageszeitung hält für die wahrscheinliche Lösung die Vertagung der ganzen Angelegenheit bis zum Herbst, so daß bei einer Nichtverlängerung der Gültigkeitsdauer des Sperrgesetzes Zeit und Gelegenheit für einen Vergleich oder eine gerichtliche Auseinandersetzung zwischen den Rändern und den Fürsten bliebe.

Berlin. (Zuspruch.) Die durch die Ablehnung des Fürstenabfindungsgesetzes durch die Sozialdemokraten geschaffene Situation ist heute vormittag noch in keiner Weise geklärt worden. In den Mittagsstunden trat das Kabinett zusammen, um über den weiteren Gang der Beratung im Reichstage sich schlüssig zu werden. Da die Beratung des Kabinetts und die Besprechungen der Regierungsparteien mit der Regierung noch längere Zeit andauern werden, wurde der Beginn der Plenarsitzung von 1 Uhr auf 3 Uhr verschoben.

## Zur Fürstenabfindungsfrage.

Berlin. Der Interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien des Reichstages beschäftigte sich am Donnerstag mit dem sogenannten Sperrgesetz, wonach die Reichstagsfraktionen über Auseinandersetzung mit den ehemals regierenden Fürstentümern abgestimmt werden. Der Reichsrat hatte schon in voriger Woche die Verlängerung dieses Sperrgesetzes bis zum Ende des Jahres 1926 angenommen. Das Sperrgesetz, das vom Reichstag im Februar beschlossen worden war, ist mit dem 30. Juni abgelaufen. Auf der Tagesordnung der Donnerstagssitzung des Reichstages stand die erste Beratung des Sperrgesetzes. Nun werden aber, wie wir hören, die Regierungsparteien gegen die Vornahme der dritten Lesung am Donnerstag geschäftsmäßig Widerspruch erheben und verlangen, daß die dritte Lesung erst nach der endgültigen Entscheidung des Fürstenabfindungsgesetzes vorgenommen wird. Sollte dieses Gesetz angenommen werden, so würde sich die Verlängerung des Sperrgesetzes erübrigen.

## Wichtige Reichsratsbeschlüsse.

Berlin. Der Reichsrat erklärte sich in seiner öffentlichen Vollziehung vom Donnerstag u. a. einverstanden mit den Abänderungsbeschlüssen des Reichstages zum Neuwahlengesetz, und nahm weiterhin ein Gesetz betreffend die Abkommen zwischen Deutschland, Polen und Litauen über den gegenseitigen Eisenbahnverkehr an. Mit der Verordnung über

Verlängerung der Kurzarbeiterfürsorge bis Ende November d. J. erklärte sich der Reichsrat einverstanden, ebenso nahm er ein Gesetz an, wonach die Amtsdauer der Richter der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte bis zum Inkrafttreten des Arbeitsgerichtsgesetzes verlängert wird.

Angenommen wurde ein Gesetz, wonach für Angestellte, die 40 Jahre alt sind und der Versicherungspflicht nach dem Angestelltenversicherungsgesetz unterliegen, die Rüdigungsfrist verlängert wird. Wer als Arbeitgeber in der Regel mehr als fünf Angestellte beschäftigt, darf danach einem älteren Angestellten, den er mindestens 5 Jahre ununterbrochen beschäftigt hat, nur mit mindestens drei Monaten Frist für einen Monatslohn kündigen. Erreicht eine Abgangentschädigung ein Monatsgehalt, so ist die Rüdigungsfrist mindestens 2 Monate, erreicht sie das 1 1/2fache Monatsgehalt, mindestens 3 Wochen und, erreicht sie das doppelte Monatsgehalt, mindestens 1 Monat. Die Bestimmungen über fristlose Rüdigungen bleiben unberührt, ebenso auch eine für den Angestellten im Einzelfall günstigere gesetzliche oder vertragliche Regelung.

Angenommen wurde noch ein Gesetz über Berechnung der Wartekassenbeiträge und die Verwendung von Wartekassenmitgliedern. Danach soll künftig die Wartekassenzeit nur zur Hälfte auf die pensionsfähige Dienstzeit angerechnet werden. Ein Wartekassenbeamter darf auch wieder verwendet werden, wenn er keine planmäßige Stelle erhält.

## Noch keine Befriedung des Nils.

Die Franzosen und Spanier sind recht optimistisch über die weitere Ausgestaltung der Politik, die sie in Marokko zu betreiben gedenken. Die Pariser und Madrider Zeitungen stellen alles so hin, als ob die Unterwerfung der einzelnen Stämme, ihre Unterwerfung sich zeidungslos abwickeln. Schließlich gibt es aber noch andere Nachrichten, die ganz anderes zu künden wissen. So hört man, daß im Norden der französischen Front in Marokko eine gewisse politische Agitation mit stark antifranzösischem Einschlag sich bemerkbar macht. So sollen sich nach dem Einzug Abd el Krim mehrere neue Widerstandszentren gebildet haben, die von einigen unverfrorenen Kabinettführern organisiert werden, die immer noch den Götze haben, das

Berz, das Abd el Krim nicht beenden konnte, weiterzuführen. Da hat sich ein Schwiegersohn Abd el Krim's, Moulay Dames Beggar, der Führer des Ghejjana-Stammes, zum Sultan der Dschebalas ausgerufen lassen. Er soll auch bereits an die Stämme, die in die französische Zone eingezogen sind, ein Schreiben gerichtet haben, in dem er sie auffordert, ihn anzuerkennen. Man erfährt auch, daß er eifrig bemüht ist, Truppen zu sammeln, eine Streitmacht aufzustellen, die an Stärke der des zurückgetretenen Abd el Krim's gleichkommt. Auch andere Namen hört man. So versuchen die Riffhauptide Schams und Mhoriti einen Aufstand der Ghomaras, Dschebalas, Ames und Beni Khabeds herbeizuführen. Auch der alte Führer Sidi Raho hat eine Proklamation an die Stämme im Gebiete von Taza gerichtet, in der er erklärt, sich nicht ergeben zu wollen. Das alles sieht nicht so aus, als ob die Aufstandsbewegung in Marokko vollkommen zum Aufhören gekommen ist. Der Optimismus in Paris und Madrid darf daher immerhin noch etwas verfräht sein. Die Riffhauptide haben im Kampf gegen ihre europäischen Unterdrücker so viel Gemeine einer heißen Vaterlandsliebe und einen Freiheitswillen gezeigt, daß man schwer annehmen kann, eine völlige Umwandlung dieses Geistes wäre bereits schon jetzt eingetreten.

## Der Mordplan gegen den spanischen König.

Es hat sich inzwischen herausgestellt, daß das Komplott, das in Paris gegen den spanischen Königspaar geplant wurde, doch nicht so harmlos ausfiel, wie man es im ersten Augenblick vielleicht hätte annehmen können. Der Pariser Polizei kann die Anerkennung nicht verweigert werden, daß sie sehr geschickt in ihren Ermittlungen zu Wege gegangen ist und es ihr gelungen ist, durch ihr energisches Durchgreifen eine Bluttat zu verhindern, die sicherlich nicht auf die Gestaltung der europäischen Lage ohne Einfluß geblieben wäre. Die verhafteten Verdächtigen haben bereits ein umfassendes Geständnis abgelegt. Sie gaben an, daß sie schon seit einundzwanzig Jahren in Paris wohnen, nur zu dem Zweck, das Attentat gegen den König vorzubereiten und schließlich auch bei günstiger Gelegenheit auszuführen. Kennzeichnend für die Persönlichkeit der Verdächtigen ist die Tatsache, daß der eine der beiden Verhafteten selbst angegeben hat, daß er der Mörder des Grafen von Saragossa sei. Die zum Glück noch rechtzeitige Entdeckung des Mordplanes weist aber durch die Einzelheiten, die bekannt werden, ein beachtenswertes Licht auf die jetzigen Zustände in Spanien. Es ist allerdings noch nicht geklärt worden, ob die Pariser Verschwörer mit den Leitern der Aufstandsbewegung, die jetzt das spanische Land durchzittert, in Verbindung stehen. Aber das Zusammentreffen dieser beiden Ereignisse zeigt, daß die verfassungsumstürzenden Kräfte in Spanien sehr stark sind und daß es der spanischen Regierung noch sehr viel Mühe und vielleicht auch Blut kosten wird, diese Widerstände zu beseitigen.